



## **Gemeinderatssitzung vom 14. September 2023**

Zusammenfassung der wichtigsten Tagesordnungspunkte. Die vollständige Niederschrift liegt im Rathaus auf und kann bei Interesse eingesehen werden.

### **Pkt. 1      **Angelobung des neu in den Gemeinderat berufenen Gemeinderatsmitgliedes und des neu in den Gemeinderat berufenen Ersatzmitgliedes.****

Das anstelle des ausgeschiedenen Gemeinderatsmitgliedes Johann Tschürtz berufene Ersatzmitglied **Kerstin HÖTSCHL** legt das im § 18 der Bgld. Gemeindeordnung vorgeschriebene Gelöbnis ab.

Das anstelle des neuen Gemeinderatsmitgliedes Kerstin Hötschl neu berufene Ersatzmitglied **Thomas KOCH** ist wegen Krankheit verhindert.

Bürgermeisterin Claudia Schlager begrüßt die neue Gemeinderätin und wünscht ihr bei dieser Tätigkeit viel Spaß und Erfolg.

### **Pkt. 3      **Bericht der Bürgermeisterin über die umgesetzten Maßnahmen seit der letzten Gemeinderatssitzung und über die Vorhaben in nächster Zeit.****

#### **a) Workshop Grüne Achse**

Es gibt in nächster Zeit eine Workshop-Reihe zu den verschiedenen Themenbereichen der „Grünen Achse“ in der Bauermühle Mattersburg. Leider musste der erste Termin zum Thema „Pflanzen & Boden“ am Dienstag, 12.09.2023 aufgrund einer Erkrankung von DI Heinz Gerbl abgesagt werden. Der Ersatztermin findet am Donnerstag, 05. Oktober 2023 um 18.30 Uhr in der Bauermühle statt.

Die weiteren Termine zu den Themenbereichen „Möblierung & Licht“ am 02.10.2023 (18.30 Uhr) und „Spielgeräteausrüstung“ am 03.10.2023 (18.30 Uhr) bleiben gleich.

#### **b) Hainbuche am Hauptplatz**

Am Hauptplatz musste aus Sicherheitsgründen ein kranker Baum gefällt werden. Der Baum wurde durch einen Experten begutachtet, der zu folgendem Ergebnis gekommen ist: Durch den Freistand, der ansonsten eher schattensuchenden Baumart Hainbuche, ist es über die Jahre bei diesem Baum zur Ausbildung großflächiger Sonnennekrosen am oberen Stamm bzw. Stammkopf gekommen. Das Kambium stirbt dabei zunehmend ab und häufig nistet sich der „geheime Spaltblättling“ ein. Dieser holzerstörende Weißfäuleerreger zersetzt dann relativ rasch das dahinterliegende Holz und es kommt zum Ausbruch von Teilen der Krone, was zu einer Bedrohung für unter dem Baum befindliche Personen führt! Der anhaltende Wassermangel und die große Hitze der vergangenen Jahre war durchaus förderlich für den raschen Verlauf des Schadbildes!

Da durch einen Grobastbruch bei einem Sturmereignis die Krone aufgerissen ist, wurde zur Abwehr des Gefahrenpotentials vom Experten die umgehende Entfernung des Baumes dringend angeraten.

#### **c) Schnupperticket für öffentliche Verkehrsmittel**

Ich beabsichtige zwei VOR-Schnuppertickets anzukaufen, damit die Mattersburgerinnen und Mattersburger dieses Klimaticket ausprobieren können. Wir werden diese Aktion bewerben und jeder kann sich dieses Ticket für maximal drei Tage um Euro 3,- pro Tag ausborgen. Die näheren Details werden in den Stadtnachrichten nachzulesen sein.

#### **d) TVM - Fraktionsvorsitz**

Bürgermeisterin Schlager fragt GR Peter Pregl, wer in Zukunft den Fraktionsvorsitz der TVM übernimmt. Gemeinderat Pregl bestätigt, dass er diese Aufgabe in Zukunft übernehmen wird.

#### **f) Baumpflanzungen im Jahr 2023**

Im heurigen Jahr wurden bereits 36 Bäume gepflanzt, und zwar auf der Streuobstwiese, im Friedenspark, bei der Musikschule, in der Leitgeb-Gasse, am Kapellenweg, entlang des Friedhofes, in Walbersdorf in der Hauptstraße und in der Ziegelofengasse, in der Angergasse, bei der Mittelschule und bei der Hundefreilaufzone.

### **Pkt. 4      Fragestunde**

a) **Stadtrat Thomas Haffer** erkundigt sich nach dem Artikel in der Kronen Zeitung zum Thema **Einkaufszentrum Arena** und fragt an, ob sich die Aussage der zukünftigen Verbauung nur auf die Arena beziehe oder grundsätzlich gemeint war.

**Bürgermeisterin Claudia Schlager** stellt fest, dass sich ihre Aussage in der Zeitung nur auf das Einkaufszentrum Arena bezogen habe. Der private Betreiber hat genügend freie Verkaufsflächen zur Verfügung, es sei nun Aufgabe diese Flächen wieder zu aktivieren. Auf Nachfrage des Stadtrates Haffer wird sie sich auch um zeitnahe Gespräche mit den Betreibern bemühen.

b) **Gemeinderat Andreas Feiler** erkundigt sich nach dem Abschluss der Arbeiten der **Einbautenträger in der Pannholzgasse** und der Hanggasse.

**Bürgermeisterin Claudia Schlager** antwortet, dass durch die Verzögerung der späten Meldung der Einbautenträger der Straßenbau im November 2023 abgeschlossen wird.

c) **Gemeinderat Werner Lehner** fragt an, ob nicht bei zukünftigen Neubauten anstelle von **Flachdächern** wieder aus Ortsbildgründen Giebeldächer vorgeschrieben werden könnten.

**Bürgermeisterin Claudia Schlager** sagt dazu, dass sie sich dies rechtlich anschauen wird, die Verbauung mit Flachdächern wird man auch unter anderem wegen der Gebäudehöhe nicht verhindern können.

d) **Gemeinderätin Mag. Elisabeth Mendoza Vasquez** erkundigt sich nach dem Grund der Verzögerung bei der **Umgestaltung des Spielplatzes in der Dr. A. Schärf-Straße**. Gemeinderat Peter Pregl erfragt in diesem Zusammenhang auch nach dem Zeithorizont der weiteren Sanierung.

**Bürgermeisterin Claudia Schlager** antwortet, dass auch zu ihrem Bedauern einige Dinge dazwischen gekommen sind und die Planungsphase länger dauert. Es haben zwischenzeitlich aber viele Bürger Anregungen an die Gemeinde geschickt, die jetzt in die Umbaupläne eingearbeitet werden. Sie geht aus heutiger Sicht davon aus, dass spätestens im Sommer der Spielplatz fertig gestaltet sein wird.

e) **Gemeinderat Peter Pregl** merkt an, dass der **Vandalismus** in den Parkanlagen und bei den Spielplätzen immer mehr wird und fragt nach der möglichen Installierung von Videoüberwachungsanlagen.

**Bürgermeisterin Claudia Schlager** bestätigt diese Wahrnehmungen und stellt fest, dass sie bereits mit Firmen über entsprechende Angebote in Kontakt ist. Nach Klärung aller datenschutzrechtlichen Fragen sollen exponierte Plätze zukünftig überwacht werden.

f) **Stadtrat Thomas Haffer** erinnert an die Diskussion einer möglichen **Verkehrslösung in der Hirschkreitgasse** und erkundigt sich nach der weiteren Vorgangsweise.

**Bürgermeisterin Claudia Schlager** informiert über die angedachten Lösungen und bestätigt, dass zwar von den Bewohnern einer Straße eine Einbahnlösung gewünscht wird, jedoch durch die Mehrbelastung in den Nachbarstraßen auch diese Bewohner eingebunden werden müssen.

g) **Stadtrat Thomas Haffer** erkundigt sich nach **der Vorschreibung von Anliegerleistungen** in dieser Gegend.

**Gemeindekassier Karl Aufner als Obmann des Infrastrukturvereines** antwortet, dass in der Hirschkreitgasse, der Wieselberggasse, der Pielgasse, dem Awarenweg und dem Keltenweg keine Anliegerleistungen seitens der Stadtgemeinde vorgeschrieben wurden. Bei den Vorschreibungen an die Baugrundstücksbesitzer handelt es sich um die Abrechnung der Parzellierungskosten aufgrund der bestehenden Vereinbarung.

Es werden keine weiteren Anfragen gestellt.

## **Pkt. 5      Ergänzungswahlen in diversen Ausschüssen**

Die Gemeinderäte der Liste TVM wählen über den Vorschlag von Gemeinderat Peter Pregl unter sinngemäßer Anwendung des § 82 der Bgld. Gemeindewahlordnung – als Stimmzähler fungieren die Gemeinderäte Martin Aufner und Thomas Haffer – mit einer Stimmenmehrheit von 3 : 0

In den Prüfungsausschuss:

**Gemeinderat Peter Pregl**

(anstelle des ausgeschiedenen Gemeinderates Johann Tschürtz)

Über Aufforderung durch die Bürgermeisterin Claudia Schlager nominiert Gemeinderat Peter Pregl anstelle des ausgeschiedenen Gemeinderates Johann Tschürtz als zusätzliches Mitglied mit beratender Stimme die folgenden Gemeinderäte in folgende Ausschüsse:

a) in den Finanz- und Wirtschaftsausschuss:

**Gemeinderätin Kerstin Hötschl**

b) in den Ausschuss für Kultur, Integration und Fragen der Europäischen Union:

**Gemeinderat Werner Lehner**

## **Pkt. 12      Israelitische Kultusgemeinde Wien – Pflegevereinbarung für den jüdischen Friedhof Mattersburg**

Gemeinderätin Sophia Wilfing teilt mit, dass für die bevorstehende Friedhofsmauersanierung die bestehende Pflegevereinbarung mit der Israelitischen Kultusgemeinde neu abgeschlossen werden sollte.

Stadtrat Thomas Haffer bemerkt, dass in der Vereinbarung eine falsche Gemeinde Angeführt ist, dies wurde in der Vorbesprechung geändert.

Nach dieser kurzen Wortmeldung fasst der Gemeinderat über den Antrag der Gemeinderätin Sophia Wilfing einstimmig – alle 24 anwesenden Gemeinderäte nehmen an der Abstimmung teil – folgenden

### **Beschluss:**

Das zwischen der Stadtgemeinde Mattersburg und der Israelitischen Kultusgemeinde Wien abgeschlossene Übereinkommen, betreffend die Pflege und Instandhaltung des jüdischen Friedhofes in Mattersburg beginnend mit Übergabe/Übernahme eines Satzes Schlüssel und endend automatisch 20 Jahre später, wird im Wortlaut des vorliegenden Original-Vertrages, von dem eine Ausfertigung diesem Beschlusse anzuschließen ist, genehmigt.

**Pkt. 21     **Antrag auf klimaneutrale und umweltschonende Maßnahmen bei der Errichtung des Gewerbezentrums mit einer Verteilungszentrale der Post in Walbersdorf.****

Der Tagesordnungspunkt 21 ist von der Gemeinderätin der GRÜNEN gemäß § 38 Abs. 4 der Bgld. GemO 2003 beantragt worden.

Gemeinderätin Mag. Elisabeth Mendoza Vasquez erläutert den von den Grünen eingebrachten Antrag wie folgt:

Der Antrag wurde zweimal eingebracht, im Juni 2023, zu spät für die damalige Gemeinderatssitzung und nun leicht abgeändert im August 2023. Es geht den Grünen vor allem darum, dass das Bauvorhaben der Post am Güterweg Richtung Marz möglichst umweltschonend und möglichst klimaneutral gemacht wird. Als Anhalt für die Begründung zu diesem Antrag dienen die gesetzlichen Bestimmungen für Supermärkte, diese Auflagen kann man zum Teil oder zur Gänze übernehmen. Es ist den Grünen bewusst, dass nicht alle Anregungen eingehalten werden können, es geht aber um die Grundtendenz der umwelt- und klimaschonenden Umsetzung. Sie ersucht abschließend den Gemeinderat um Zustimmung.

Zum Punkt Zufahrt stellt Bürgermeisterin Claudia Schlager klar, dass die Zulieferer für das Verteilzentrum nicht durch das Ortsgebiet von Walbersdorf fahren müssen, die Zufahrt von der Schnellstraße und der B50 mündet direkt in die Zufahrtsstraße zum Gewerbegebiet ein und führt nicht durch das Ortsgebiet.

Gemeinderat Peter Pregl hält zu diesem Punkt fest, dass auch seine Fraktion die Anregung für sinnvoll hält und schlägt vor, dass bei solchen Bauvorhaben diese Auflagen auch vorgeschrieben werden. Vor allem die Pflanzung von Bäumen erscheint besonders wichtig, daher wird dieser Antrag von seiner Fraktion unterstützt.

Gemeinderat Peter Wagentristl erkundigt sich nach der Anzahl der geplanten Arbeitsplätze beim Verteilzentrum, diese Frage wird von Amtsleiter Karl Aufner mit geschätzten 70 Arbeitsplätzen beantwortet.

Gemeinderätin Sophia Wilfing nimmt als Umweltgemeinderätin zu diesem Antrag nun ausführlich Stellung:

Zum Vorschlag der Befestigung mit Rasengittersteinen auf Parkplatzflächen für firmeneigene KFZ ist anzumerken, dass diese Maßnahme nicht sinnvoll erscheint, da dann Erde und Matsch der Mitarbeiter in die Halle getragen werden, Besucherparkplätze wiederum können so befestigt werden. Als Alternative könnte Einkornasphalt aufgebracht werden, dieser ist bedingt versickerungsfähig. Baumpflanzungen sind außerhalb der Parkplätze entlang der Grundstücksgrenze umfangreich vorgesehen.

Photovoltaikanlagen sind vorerst nicht vorgesehen, die dazu notwendige Leerverrohrung für die nachträgliche Errichtung ist aber geplant, eine behördliche Vorschreibung ist bei Gewerbebetrieben nicht umsetzbar.

Auf Rückfrage von Gemeinderätin Mag. Mendoza Vasquez zum Thema der späteren Errichtung einer Photovoltaikanlage, wenn die Post ausschließlich mit Elektroautos

fährt, nimmt über Aufforderung von Bürgermeisterin Schlager Amtsleiter Karl Aufner Stellung und berichtet von der am heutigen Tag stattgefundenen Bauverhandlung.

Amtsleiter Aufner berichtet eingangs, dass die Post an den Rändern des Grundstückes einen Grünstreifen mit insgesamt 24 Bäumen errichten wird, mehr als die geforderten Bäume pro fünf Parkplätze. Bei der Photovoltaikanlage werden zwar die Voraussetzungen geschaffen, momentan ist aber die Stromeinspeisung in das Netz nicht sofort möglich, daher müssen zuerst diese technischen Voraussetzungen geschaffen werden. Unabhängig davon ist es der Post aber wichtig, dass diese Anlage errichtet wird, um für den eigenen E-Fuhrpark den Strom auch selbst zu erzeugen. Grundsätzlich stellt er fest, dass die Post als umwelt- und klimaschonender Betrieb ein österreichweiter Vorzeigebetrieb sei, für die Zustellungen werden ausschließlich E-Autos verwendet. Bei einigen der angeregten Punkte stellt der Amtsleiter fest, dass zwar für Supermärkte und Einkaufszentren gesetzliche Regeln im Raumplanungs-gesetz bestehen, für Betriebsgebiete fehlen diese Vorgaben. Dies auch mit dem Grund, da die unterschiedliche Ausgestaltung von Betriebsstandorten im Gegensatz zu relativ einheitlich ge-stalteten Supermärkten geregelte Normen schwer umsetzbar macht.

Es folgt keine weitere Wortmeldung.

Nach dieser ausführlichen Diskussion lässt Bürgermeisterin Claudia Schlager über den Antrag von Gemeinderätin Mag. Mendoza Vasquez abstimmen – alle 24 anwesen-den Gemeinderäte nehmen an der Abstimmung teil – für den Antrag stimmen 4 Gemein-de-räte, und zwar Peter Pregl, Werner Lehner, Mag. Elisabeth Mendoza Vasquez und Kerstin Hötschl – gegen den Antrag stimmen 20 Gemeinderäte.

Es wird daher kein Beschluss gefasst.

## **Pkt. 22 Schulstartgeld**

Der Tagesordnungspunkt 22 ist von den Gemeinderäten der Liste TVM gemäß § 38 Abs. 4 der Bgld. GemO 2003 beantragt worden.

Gemeinderat Peter Pregl leitet mit der Bemerkung ein, dass ausgehend von der Diskussion in der letzten Sitzung der Antrag angepasst worden ist und nun die Auszahlung die-ses Schulstartgeldes in Höhe von Euro 500,- und in Form von Einkaufsgutscheinen beantragt wird. Im Übrigen betont er wieder die soziale Notwendigkeit dieser Forderung.

Gemeinderätin Mag. Martina Mayer-Hofmann hält fest, dass die Klassenlehrer sehr wohl die soziale Bedürftigkeit der einzelnen Schulkinder erkennen und daher zielgerich-tet über den Sozialtopf der Stadtgemeinde Unterstützung gewährt werden kann.

An der folgenden Diskussion, bei der die bereits bekannten Argumente der letz-ten beiden Sitzungen wiederholt werden, beteiligen sich die Gemeinderäte Pregl, Mag. Elisa-beth Mendoza Vasquez, Werner Lehner, Peter Wagentristl, Mag. Martina Mayer-Hofmann und Stadtrat Thomas Tschach.

Vor allem die neue Forderung der Auszahlung in Form von Gutscheinen wird seitens der SPÖ-Fraktion bedenklich gesehen, weil die Einlösung für andere, nicht mit dem

Schulbesuch in Zusammenhang stehenden Anschaffungen der Eltern als Missbrauch zu werten wäre. Als Gegenargument wird die Verantwortung der Eltern, dass die Gutscheine zweckgemäß verwendet werden, vorgebracht.

Abschließend hält Bürgermeisterin Claudia Schlager fest, dass sie sich nun alle Argumente angehört hat und natürlich auch die soziale Bedürftigkeit bei Gesprächen mit Eltern merkt. Sie stellt aber fest, dass diese soziale Bedürftigkeit nicht nur bei Eltern der ersten Klassen auftritt und daher eine soziale Unterstützung nicht nur für Schulanfänger der ersten Volksschulklasse notwendig ist, hier verweist sie auch auf den bestehenden Sozialtopf. Sie berichtet auch von der bestehenden Planung der Lehrer, dass gemeinsam mit der Fa. Knotzer Schulheftepakete vorbereitet werden, damit die Eltern gesamt den Bedarf an Schulutensilien günstig einkaufen können. Ergänzend dazu regt sie an, dass bei der nächsten Besprechung der Fraktionsvorsitzenden darüber diskutiert werden soll, ob für Schulanfänger, eventuell auch bei einem Schulwechsel, diese Aktion unterstützt werden kann.

Nachdem daraufhin niemand mehr das Wort wünscht stimmt nunmehr der Gemeinderat über den Antrag des Gemeinderates Peter Pregl ab.

Der Antrag wird mehrheitlich - alle 24 anwesenden Gemeinderäte nehmen an der Abstimmung teil, dafür stimmen 10 Gemeinderäte, und zwar die Stadträte Thomas Haffer und Margit Adam, weiters die Gemeinderäte Melanie Eckhardt MSc, Peter Pregl, Andreas Feiler, Martin Haas, Werner Lehner, Peter Wagentristl, Mag. Elisabeth Mendoza Vasquez und Kerstin Hötschl - dagegen stimmen 14 Gemeinderäte - abgelehnt.

Es wird daher kein Beschluss gefasst.

### **Pkt. 23      **Umsetzung des Projektes „Jugendtaxi Burgenland“ in Mattersburg der Wirtschaftskammer Burgenland und dem Landesjugendreferat der burgenländischen Landesregierung****

Der Tagesordnungspunkt 23 ist von allen Gemeinderäten der ÖVP und einem Gemeinderat der TVM gemäß § 38 Abs. 4 der Bgld. GemO 2003 beantragt worden.

Gemeinderätin Melanie Eckhardt MSc hält fest, dass bereits seit 2007 die positive Einrichtung des Jugendtaxis gemeinsam mit dem Jugendreferat des Landes, der Wirtschaftskammer und den Taxiunternehmen besteht. Für die Verkehrssicherheit der Jugend ist dieses Projekt wichtig, derzeit wird auch eine eigene APP dazu erstellt, der bürokratische Aufwand sinkt daher. Nach Rücksprache mit dem Obmann der Taxiinnung schätzt sie die Kosten für die Stadtgemeinde bei rund Euro 6.000,-- pro Jahr.

Sie wiederholt den eingebrachten Vorschlag, den sie aber in Hinblick auf den von Stadtrat Thomas Haffer zwischenzeitlich der Bürgermeisterin überreichten Änderungsvorschlag geringfügig abändert.

Gemeinderat Martin Strobl nimmt dazu Stellung, dass das Projekt Jugendtaxi, initiiert vom Landesjugendreferat und vom Verkehrsreferat des Landes gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Burgenland den Jugendlichen ein flexibles und günstiges Verkehrsmittel

vor allem an Wochenenden und in der Nacht, wenn öffentliche Verkehrsmittel nicht zur Verfügung stehen, anbieten soll. Dabei hat die teilnehmende Gemeinde die Möglichkeit die berechnete Personengruppe, die Anzahl der ausgegebenen Schecks oder die Höhe der Guthabenaufladung selbst zu entscheiden.

Es soll daher bedarfsgerecht das Angebot überlegt und die dadurch entstehenden Kosten realistisch für das Budget 2024 abgeschätzt werden. Gemeint ist dabei, dass eventuell auch die 15-jährigen berücksichtigt werden, eventuell die bereits berufstätigen, nicht in Ausbildung stehenden 20- bis 25-jährigen nicht mehr berücksichtigt werden und dem Zeitgeist entsprechend anstelle von Gutscheinen die Aufladung der Guthaben über eine Handy-APP ermöglicht wird.

Nachdem dies laut Gemeinderat Strobl entsprechend diskutiert und vorbereitet werden muss, bringt er daher folgenden Abänderungsantrag ein:

„Für die Einführung des Projektes „Jugendtaxi Burgenland“ in der Stadtgemeinde Mattersburg ab 01.01.2024 soll der Bau- und Verkehrsausschuss unter Einbindung von Jugendlichen damit beauftragt werden, die für Mattersburg bestmöglichen Richtlinien auszuarbeiten, der Bürgermeisterin zur weiteren Verhandlung mit dem Verein „Mobiles Burgenland“ vorzulegen, damit spätestens bei der Budgeterstellung die finanziellen Mittel vorgesehen und diese Richtlinie mit der Vereinbarung in der letzten Gemeinderatssitzung im Dezember beschlossen werden kann.“

Nachdem dazu niemand mehr das Wort wünscht, lässt Bürgermeisterin Claudia Schlager zuerst über den Abänderungsantrag des Gemeinderates Strobl abstimmen. Alle 24 anwesenden Gemeinderäte nehmen an der Abstimmung teil und stimmen einstimmig dem Abänderungsantrag zu. Es gilt daher folgender

### **Beschluss:**

Für die Einführung des Projektes „Jugendtaxi Burgenland“ in der Stadtgemeinde Mattersburg ab 01.01.2024 soll der Bau- und Verkehrsausschuss unter Einbindung von Jugendlichen damit beauftragt werden, die für Mattersburg bestmöglichen Richtlinien auszuarbeiten, der Bürgermeisterin zur weiteren Verhandlung mit dem Verein „Mobiles Burgenland“ vorzulegen, damit spätestens bei der Budgeterstellung die finanziellen Mittel vorgesehen und diese Richtlinie mit der Vereinbarung in der letzten Gemeinderatssitzung im Dezember beschlossen werden kann.

Gemeinderat Andreas Feiler und Gemeinderat Martin Strobl verlassen kurzfristig des Sitzungssaal, kehren aber während der Diskussion zum Tagesordnungspunkt 24 wieder zurück und nehmen an der weiteren Diskussion und Beschlussfassung teil.

## **Pkt. 24 Teilbebauungsplan NEU mit echter Einbindung der Bevölkerung**

Der Tagesordnungspunkt 24 ist von allen Gemeinderäten der ÖVP gemäß § 38 Abs. 4 der Bgld. GemO 2003 beantragt worden.

Stadtrat Thomas Haffer nimmt grundsätzlich dazu Stellung und bemerkt, dass die öffentliche Debatte ganzen Sommer gezeigt habe, dass für dieses Projekt die Einbindung der Bürger gewünscht ist und der Gemeinderat bei der Erstellung des Teilbebauungsplanes viele Ansinnen berücksichtigen wird müssen. Es geht dabei nicht nur um die Abhaltung von Informationsveranstaltungen, sondern um echte Diskussionen und Workshops. Es haben auch Experten den vorliegenden Entwurf kritisch gesehen, die ÖVP-Fraktion sieht sich daher bestätigt, dass dieser Entwurf nicht verträglich ist, kurz zusammengefasst zu hoch, zu dicht, zu viel.

Die ÖVP-Fraktion stellt daher den Antrag, dass die Bürgermeisterin beauftragt wird im Rahmen von gelebter Bürgerbeteiligung die Bevölkerung bei der Gestaltung des Teilbebauungsplanes der Innenstadt aktiv im Rahmen von Workshops, Arbeitsgruppen und Bürgerversammlungen einzubinden und die Bevölkerung zu entsprechenden Veranstaltungen einzuladen.

Die nun vorliegende Einladung zeigt, dass ein gemeinsamer Weg möglich ist und abschließend ersucht er um Zustimmung.

Vizebürgermeister Ing. Otmar Illedits stellt fest, dass sich die Stadtgemeinde Mattersburg zur intensiven Einbindung der Bevölkerung in den Entstehungsprozess bei öffentlichen Projekten bekennt. Seit vielen Jahren und bei vielen Projekten war die Bürgerbeteiligung wesentlicher Bestandteil der Entscheidungsgrundlage für den Gemeinderat.

Der Vizebürgermeister führt beispielhaft folgende Projekte an: Stadterneuerungs-Leitbild (2008 - 2010), 1. Verkehrskonzept (2012 - 2014 ), Bachdeckensanierung (2016 - 2017), Stadtbus MABU (2017 - 2018), Innenstadtgestaltung (2021 - laufend), 2. Verkehrskonzept (2022 - laufend) und Grüne Achse (2023 - laufend).

All dies waren insgesamt Projekte, die ausschließlich den öffentlichen Raum und die Interessen der Bevölkerung betroffen haben, die privaten Interessen waren dabei nicht im Mittelpunkt der Einbindung, vor allem um auch das Eigentumsrecht nicht einzuschränken. Bei allen Projekten der Stadtgemeinde wurden externe Fachleute mit Beratungs- und Unterstützungsfunktion eingebunden, die z.T. auch bei den Bürgerbeteiligungsabenden als Auskunftspersonen zur Verfügung gestanden sind.

Diese Vorgangsweise - die Einbindung von Experten - war auch die Intention der Stadtgemeinde beim Ideenwettbewerb für das Innenstadtareal in der M. Koch-Straße für einen zukünftigen Bebauungsplan. Damit für die Erstellung Zeit zur Verfügung steht - auch für eine intensive interne Diskussion - hat der Gemeinderat für dieses Gebiet damals eine Bausperre beschlossen. Übrigens mit Gegenstimmen der ÖVP-Fraktion, die mit der Bausperre das private Eigentumsrecht eingeschränkt sah.

Die Spannungsverhältnisse zwischen den öffentlichen Interessen der Bevölkerung bei der Gestaltung eines wesentlichen Bereiches der Innenstadt aktiv mitarbeiten zu wollen, ist erkennbar. Die politisch Verantwortlichen haben aber auch den Spagat zu den berechtigten Interessen des Privateigentümers zu wahren und sich dabei natürlich auch im gesetzlich vorgesehenen Rahmen zu bewegen.

Bebauungspläne können viele Vorgaben für eine zukünftige Bebauung regeln - Straßenfluchtlinien, Baulinien, Bauweisen, Gebäudehöhe, bauliche Ausnutzung der

Bauplätze, Lage und Ausmaß der innenliegenden Grünflächen und unversiegelten Freiflächen und einiges mehr. Nicht geregelt werden kann ohne Zustimmung des Eigentümers die öffentliche Durchwegung eines privaten Grundstückes und somit die öffentliche Nutzung von Privatgrund. Hier ist jedenfalls das Einvernehmen mit dem Eigentümer notwendig. Beim gegenständlichen Projekt gibt es mit dem derzeitigen Grundeigentümer dahingehend gute Gespräche.

Festzustellen ist weiters, dass nicht nur beim Ideenwettbewerb und bereits davor durch die Einbindung von Raumplanungsexperten, weiters nach den ersten Änderungsvorschlägen und nach der ersten Bürgerinformation die Einbindung von weiteren Experten im Rahmen eines Workshops mehrere Gestaltungsvorschläge alternativ eingeholt worden sind.

Die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes in der Gemeinderatssitzung im Juni wurde nach einigen Vorsprachen von besorgten Bürgerinnen und Bürgern verschoben und nicht wie von einigen Vertretern der Bürgerinitiative angenommen „darübergefahren“. Es wurde daher am 03. Juli 2023 eine Informationsveranstaltung in der Bauermühle, gemeinsam mit den Raumplanern und dem Vertreter des Eigentümers, Dr. Mathias Moser, abgehalten. Dabei wurde intensiv der vorliegende Entwurf diskutiert.

Bei diesem Informationsabend hat Bürgermeisterin Claudia Schlager zugesagt „einen Schritt zurück zu machen“ und das vorliegende Konzept zu überdenken. Dazu wurde über Vorschlag des Büros A.I.R. ein weiterer externer Experte eingebunden, der übrigens über seinen ausdrücklichen Wunsch vor der nächsten öffentlichen Diskussion nicht genannt werden will. Diese nächste Veranstaltung wurde bereits über Einladung an alle Haushalte für den 04.10.2023 ausgeschrieben. Hier soll nun - hoffentlich abschließend - intensiv über die zukünftige Bebauung diskutiert werden, daraus resultierende, umsetzbare Vorschläge werden danach vom Raumplanungsbüro eingearbeitet und der Entwurf des Teilbebauungsplanes soll neuerlich aufgelegt und danach in der Gemeinderatssitzung beraten und beschlossen werden.

Er wundert sich auch über das Verhalten der ÖVP-Fraktion - einerseits wird gefordert im Rahmen von gelebter Bürgerbeteiligung die Bevölkerung einzubinden und andererseits werden die finanziellen Aufwendungen der Experten kritisiert. Natürlich arbeiten bei diesem langen Verfahren alle Sachverständigen nicht gratis.

Die SPÖ-Fraktion bekennt sich zur Bürgerbeteiligung und damit auch zu höheren Kosten bei der Projektplanung. Es sollen überall dort, wo der öffentliche Raum betroffen ist, auch die Bürger aktiv in die Gestaltung eingebunden werden, wie zuletzt sehr umfangreich bei der Gestaltung der „Grünen Achse“.

Vizebürgermeister Ing. Illedits beantragt daher folgenden Abänderungsantrag:

„Die Stadtgemeinde Mattersburg bekennt sich zu aktiven Bürgerbeteiligungsmodellen und wird, so wie in der jüngsten Vergangenheit, bei Projekten, die einerseits die Gestaltung des öffentlichen Raumes und andererseits auch die zukünftige Gesamtausrichtung der Gemeindeentwicklung betreffen, die Bevölkerung zur Teilnahme einladen.“

Stadtrat Haffer nimmt dazu Stellung:

- 1) Die ÖVP-Fraktion lernt dazu und traut sich auch den Standpunkt anzupassen, wenn sie etwas dazulernt.
- 2) Schon bei der Landluft-Ausstellung in der Bauermühle hat der Bürgermeister aus Trofaiach wesentliche Unterschiede bei Bürgerbeteiligungsmodellen aufgezeigt - Informationsveranstaltungen und aktive Workshops - dies muss man zu den aufgezeigten Beispielen differenzieren.
- 3) Das öffentliche Interesse ist sicher groß, wenn man mit Steuergeldern das Rathaus neu bauen will, auch wenn es Privatgrund jetzt wäre.

Rückblickend darf festgestellt werden, dass der bisher abgelaufene Prozess nicht perfekt war. Es erschließt sich für Stadtrat Haffer nicht, warum man dem Antrag der ÖVP nicht zustimmen kann, der Unterschied zum Abänderungsantrag der SPÖ ist nicht erkennbar.

Dazu bemerkt Vizebürgermeister Ing. Illedits, dass der Antrag der ÖVP nur den Teilbebauungsplan für die Innenstadt betrifft, sein Abänderungsantrag aber alle öffentlichen Projekte umfasst.

Stadtrat Haffer und Vizebürgermeister Ing. Illedits diskutieren daraufhin über die möglichen weiteren Abänderungsanträge und das daraus entstehende Abstimmungsverhalten.

Bürgermeisterin Claudia Schlager nimmt grundsätzlich zu diesem Thema Stellung, obwohl sie heute eigentlich keine Aussage treffen wollte. Sie habe in vielen schlaflosen Nächten nachgedacht, was zu diesem Thema die beste Lösung sein könnte. Sie hat bei der Veranstaltung im Juli zugesagt, dass sich die Stadtgemeinde diese Angelegenheit nochmal genau anschauen werde, es wurde ein weiterer Experte eingeladen, der sehr unvoreingenommen, weil er keine Vorkenntnisse hatte, an dieses Thema herangegangen ist. Es wurden auch alle Vorschläge bei der Juli-Veranstaltung eingebracht gesichtet und diskutiert. Es wird jetzt am 04. Oktober 2023 eine neuerliche Veranstaltung stattfinden, die bewusst nicht Information oder Präsentation, sondern Dialogtermin genannt wurde. Dies deshalb, damit alle konstruktiven Vorschläge nochmal besprochen und auch zusätzliche Vorschläge berücksichtigt werden können.

Die Bürgermeisterin hält aber fest, dass der Teilbebauungsplan jedoch schon in der letzten Gemeinderatssitzung im heurigen Jahr beschlossen werden soll, weil mittlerweile sehr, sehr viele Bürgerinnen und Bürger fast täglich mit Anrufen und Mails fordern, dass so schnell wie möglich in der M. Koch-Straße etwas passieren soll. Sie betont aber auch, dass das gegenständliche Grundstück nicht Gemeindeeigentum oder öffentliches Gut ist und daher die Rechte des Eigentümers berücksichtigt werden muss. Sie ist in diesem Zusammenhang froh, dass der jetzige Eigentümer immer das Gespräch mit der Gemeinde und die Zusammenarbeit gesucht hat. Bedacht werden muss, dass im schlechtesten Fall der Besitzer jetzt bereits das Grundstück bebauen könnte und zusätzlich niemand das Durchgangsrecht einräumen müsste. Dies ist aber nicht im Interesse der Stadt, es ist eine Durchwegung mit Sichtachsen jedenfalls gewünscht!

Sie stimmt dahingehend zu, dass der Start von Anfang an nicht perfekt war, dass Bürgerbeteiligungen jedenfalls wichtig sind, jetzt jedenfalls aber ein guter Weg eingeschlagen worden ist, dies sieht man bei der „Grünen Achse“. Und wenn zukünftig vom Rathaus und vom Platz davor gesprochen wird, dass die Bürger dabei einbezogen werden.

Über Nachfrage von Gemeinderat Werner Lehner stellt Bürgermeisterin Schlager fest, dass der nun eingebundene Experte über seinen Wunsch seinen Namen nicht vorzeitig genannt haben wollte, damit er bis zur Veranstaltung unvoreingenommen an das Projekt herangehen kann. Der international anerkannte Experte ist ehemaliger Universitätsprofessor für Stadtentwicklung.

Gemeinderat Andreas Feiler nimmt zur Aussage der Berücksichtigung von privaten Interessen Stellung und bemerkt, dass ein Unterschied zwischen einem privaten Einfamilienhaus und diesem Zentrumsprojekt gemacht werden muss. Und weiters, auch bei diesem Projekt muss sich der Eigentümer einer Bauverhandlung stellen. Abschließend stellt er fest, dass ein Experte damit leben muss, dass sein Name genannt wird, wenn er für seine Leistung entlohnt wird.

Gemeinderätin Mag. Elisabeth Mendoza Vasquez fragt an, ob das nun am 04. Oktober präsentierte Konzept von diesem Experten stamme oder von der Wohnbaugesellschaft.

Diese Frage wird von Bürgermeisterin Schlager damit beantwortet, dass das Konzept des Experten mit dem bestehenden Konzept verglichen werden soll und in mehreren verschiedenen Varianten diskutiert werden soll. Ein komplett neues Projekt wird es wahrscheinlich nicht geben.

Gemeinderat Werner Lehner regt an, dass zwischen der „grünen Achse“ und der Tiefgarage eine Unterführung in der M. Koch-Straße gemacht werden soll, auch wegen der Sicherheit der Volksschulkinder. Dazu bemerkt Bürgermeisterin Schlager, dass ja parallel dazu ein eigenes Verkehrskonzept bereits erstellt wird.

Nachdem niemand weiters das Wort wünscht lässt Bürgermeisterin Schlager zuerst über den Abänderungsvorschlag des Vizebürgermeisters Ing. Illedits abstimmen.

Der Abänderungsantrag wird mehrheitlich, alle 24 anwesenden Gemeinderäte nehmen an der Abstimmung teil - dafür stimmen 14 Gemeinderäte, und zwar Bürgermeisterin Claudia Schlager, Vizebürgermeister Ing. Otmar Illedits, die Stadträte Ing. Thomas Tschach, Martin Aufner und Viktoria Lehrner-Fabes, weiters die Gemeinderäte Sophia Wilfing, Martin Pöttschacher, Christian Ulrich, Gertrude Handler, Markus Pinter, Martin Strobl, Ing. Thomas Szlavich, Mag. Martina Mayer-Hofmann, und Ing. Andreas Korzil - dagegen stimmen 10 Gemeinderäte - angenommen.

Es gilt daher folgender

### **Beschluss:**

„Die Stadtgemeinde Mattersburg bekennt sich zu aktiven Bürgerbeteiligungsmodellen und wird, so wie in der jüngsten Vergangenheit, bei Projekten, die einerseits die Gestaltung des öffentlichen Raumes und andererseits auch die zukünftige Gesamtausrichtung der Gemeindeentwicklung betreffen, die Bevölkerung zur Teilnahme einladen.“